

MEDIENBULLETIN

AHV-Reform – Nicht warten, bis wir am Abgrund stehen

Im Mittelpunkt der Herbsttagung des Schweizerischen Seniorenrates (SSR) in Biel stand die Frage « Wie weiter nach dem Nein zur Altersreform am 24. September ? » Der Wille zur Problemlösung in der Politik war spürbar, aber es gab bei den einzelnen Problempunkten praktisch keine gemeinsame Sichtweise.

Jürg Brechbühl, Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherungen, bestätigte in seiner Abstimmungsanalyse, dass ein dringlicher Handlungsbedarf besteht. Andernfalls würde das Defizit bei der AHV im Jahr 2030 sieben Milliarden Franken betragen. Dieser Fehlbetrag müsste mit zwei zusätzlichen Mehrwertsteuer-Prozenten kompensiert werden. Wir stünden am Abgrund. Das Einlegen des Rückwärtsganges hiesse dann Rentenabbau.

Generationensolidarität eher nicht in Gefahr

René Knüsel, Professor an der Universität Lausanne, beschäftigte sich mit der Frage, ob die Altersvorsorge zu künftigen Generationenkonflikten führt. Er zeigte sich optimistisch, dass der soziale Vertrag weiterhin bestehen bleibt, sofern sich die Senioren nicht zurückziehen. Sie müssen sich der Diskussion mit den Jüngeren stellen und sich weiterhin in der Gesellschaft engagieren, dann werden sie beachtet und ernst genommen.

Rentenniveau halten

Das Podiumsgespräch mit den beiden Nationalrätinnen Bea Heim und Ruth Humbel, alt Nationalrätin Christiane Jaquet-Berger und den beiden SSR-Copräsidenten Roland Grunder und Michel Pillonel bestätigte die unterschiedlichen Themenprioritäten und Vorgehensweisen. Einig war man sich, dass das Rentenniveau gehalten werden muss, um den verfassungsmässigen Auftrag zur Existenzsicherung garantieren zu können. Leider fand sich kein Vertreter der FDP oder SVP, der bereit war, das Nein zur Reform-Vorlage zu begründen und den berühmten Plan B vorzustellen. Das Publikum fragte sich, ob er gar nicht vorhanden ist.